

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18735

"Wohnraumkapazitäten und Beratungsangebote für Studierende ausbauen - einen gemeinsamen Hochschulsozialpakt voranbringen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/18735 vom 25.10.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/20485 des WK vom 24.01.2018
3. Beschluss des Plenums 17/20655 vom 07.02.2018
4. Plenarprotokoll Nr. 123 vom 07.02.2018



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Wohnraumkapazitäten und Beratungsangebote für Studierende ausbauen – einen gemeinsamen Hochschulsozialpakt voranbringen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für einen Hochschulsozialpakt zwischen Bund und Ländern einzusetzen. Bei der Konzeption sollen die Forderungen des Deutschen Studentenwerks Berücksichtigung finden. Dabei soll vor allem die Finanzierung von bezahlbarem Wohnraum in Form von Studentenwohnheimen sowie der Ausbau der Beratungsangebote für Studierende im Mittelpunkt stehen.

In diesem Zusammenhang soll darüber hinaus überprüft werden, inwieweit die finanzielle Beteiligung Bayerns an einem Hochschulsozialpakt mit Mitteln bestritten werden kann, die durch den Wegfall der BAföG-Mitfinanzierung durch die Übernahme von Seiten des Bundes eingespart werden können.

Begründung:

Bayern ist ohne Zweifel ein attraktiver Hochschulstandort, der sich durch vielfältige Spitzenleistungen in Wissenschaft und Forschung sowie durch ein breites Lehrangebot aller Hochschulen auszeichnet. Die Ludwigs-Maximilians-Universität und die Technische Universität München beispielsweise zählen zu den Exzellenzuniversitäten und werden daher speziell gefördert. Aufgrund dieser hervorragenden Arbeit der bayerischen Hochschulen kommen Studierende aus der ganzen Welt nach Bayern, um hier ihr Studium zu absolvieren. Allerdings stellt die Wohnungssuche nationale sowie internationale Studierende häufig vor große Herausforderungen. Der Wohnraum in urbanen Gegenden wird zunehmend teurer und knapper. Aus

diesem Grund sind viele Studentinnen und Studenten auf der Suche nach preisgünstigen und finanzierten Wohnungen. Trotz finanzieller Unterstützung, z. B. durch BAföG oder durch zusätzliche Einnahmen aufgrund eines Nebenjobs, sind die Mieten für viele Studierende in den bayerischen Studentenstädten nur schwer finanziert. In München beispielsweise liegt der Preis für ein WG-Zimmer mit 570 Euro pro Monat, circa 200 Euro über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Im BAföG sind allerdings nur 250 Euro für die Miete vorgesehen.

Um den Studierenden eine kostengünstige Unterbringung zu ermöglichen, bieten die Studentenwerke Zimmer in Studentenwohnheimen an. Die Kosten für ein solches Zimmer orientieren sich dabei an der Wohnungspauschale des BAföG. So wird es auch Studierenden aus einkommensschwachen Verhältnissen ermöglicht, während ihres Studiums preisgünstig zu wohnen und ihre ganze Energie in ihr Studium investieren zu können. Allerdings übersteigt die Nachfrage an Zimmern in Studentenwohnheimen schon lange das vorhandene Angebot. Häufig sind mindestens drei bis vier Semester Wartezeit notwendig, um überhaupt einen der begehrten Plätze in einem entsprechenden Wohnheim zu ergattern. Mit 390.000 Studierenden ist die Zahl der Studierenden zum aktuellen Wintersemester erneut gegenüber dem Vorjahr gewachsen und zwar um etwa 10.000. Darunter befinden sich rund 77.000 Erstsemester. Damit wurden die Erwartungen der Studierendenkanzleien zum Wintersemester 2017/2018 sogar übertroffen, die bis noch vor wenigen Monaten mit lediglich 69.000 neuen Einschreibungen rechneten. Mit den derzeit 38.000 staatlich geförderten Wohnheimplätzen können lediglich 10 Prozent des eigentlichen Bedarfs gedeckt werden. Die Zahlen sprechen folglich für sich, denn der derzeitige Ausbau der Studentenwohnheime kommt der Nachfrage schlichtweg nicht hinterher. Weitere Maßnahmen müssen dringend ergriffen werden. Um eine ausreichende Anzahl von preisgünstigem Wohnraum bereitzustellen zu können, ist eine verstärkte Finanzierung der Studentenwerke dringend notwendig. Denn diese leisten mit der Bereitstellung von Studentenwohnheimen einen wesentlichen Beitrag zu einer kostengünstigen Unterbringung der Studierenden. Ein gemeinsamer Hochschulsozialpakt zwischen Bund und Ländern könnte eine mögliche Option darstellen, ein Förderprogramm zur Schaffung von günstigem Wohnraum ins Leben zu rufen.

Dem aber nicht genug, würde sich ein solcher Pakt auch dafür anbieten, den Ausbau von Betreuungsangeboten voranzubringen. Bei der letzten Sozialerhe-

bung des Deutschen Studentenwerks gaben 61 Prozent der Befragten an, sowohl bei privaten als auch bei studienbezogenen Themen Beratungsbedarf zu haben. Rund ein Drittel der Studentinnen und Studenten sprach zudem von „großen Schwierigkeiten oder Belastungen“ mit denen er oder sie zu kämpfen hätten. Dabei spielen vor allem Probleme wie mangelndes Selbstwertgefühl, Konzentrationsschwierigkeiten und Prüfungsangst eine große Rolle. Aus diesem Grund nutzen ungefähr 47 Prozent der Studierenden an Universitäten und 43 Prozent an Hochschulen entsprechende Angebote. Der Beratungsbedarf ist über die vergangenen Jahre kontinuierlich gestiegen. Termine sind heiß begehrte und eine individuell umfassende Beratung ist oft aus Mangel an entsprechendem Personal nicht immer zu gewährleisten. Dies zeigt, dass neben dem Ausbau der Wohnkapazitäten auch ein Ausbau der Beratungsangebote notwendig erscheint, der in Form eines Hochschulsozialpakts Gestalt annehmen könnte.

Nach Schätzungen des Deutschen Studentenwerks müssten im Rahmen eines derartigen Förderprogramms 800 Mio. Euro an Zuschüssen für die Schaffung von neuen Wohnheimplätzen sowie Investitionszuschüsse in Höhe von 650 Mio. Euro für die Sanierung von bereits bestehendem Wohnraum zur Verfügung gestellt werden. In diesem Zusammenhang soll deswegen ebenfalls überprüft werden, inwieweit die finanzielle Beteiligung Bayerns an einem Hochschulsozialpakt mit Mitteln bestritten werden kann, die durch den Wegfall der BAföG-Mitfinanzierung durch die Übernahme von Seiten des Bundes eingespart werden können. Insgesamt haben die Länder aufgrund dieser Reform 1,2 Mrd. Euro mehr Geld zu Verfügung, welches, nach Wunsch von Bundesministerin für Bildung und Forschung, Johanna Wanka, den Hochschulen und den Studierenden zugutekommen soll.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/18735**

**Wohnraumkapazitäten und Beratungsangebote für Studierende
ausbauen - einen gemeinsamen Hochschulsozialpakt voranbrin-
gen**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Prof. Dr. Michael Piazolo**
Mitberichterstatter: **Robert Brannekämper**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.

2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 74. Sitzung am 6. Dezember 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 178. Sitzung am 24. Januar 2018 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Prof. Dr. Michael Piazolo
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/18735, 17/20485

Wohnraumkapazitäten und Beratungsangebote für Studierende ausbauen – einen gemeinsamen Hochschulsozialpakt voranbringen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Dann rufe ich auf den **Tagesordnungspunkt 2** mit Ausnahme der gerade eben genannten Nummer 13 der Anlage, über die erst zu einem späteren Zeitpunkt nach Ablauf der 15 Minuten Wartezeit abzustimmen ist.

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien hat bei der Listennummer 13, Antrag auf Drucksache 17/18357, die Ablehnung empfohlen. Das wollte ich Ihnen nur noch kurz mitteilen, bevor wir zu dieser Abstimmung kommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht anwesend. Dann hat sich das erübrigt. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 23. November 2017 (Vf. 16-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit 1. des Art. 2 Nr. 2 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz – LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBl. S. 277, 620, BayRS 111-1-I), das zuletzt durch § 8 des Gesetzes vom 12. Juli 2017 (GVBl. S. 362) geändert worden ist,
2. des Art. 2 Nr. 2 des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 2006 (GVBl. S. 834, BayRS 2021-1/2-I), das zuletzt durch § 10 des Gesetzes vom 12. Juli 2017 (GVBl. S. 362) geändert worden ist
PII/G1310.17-0015
Drs. 17/20543 (G)

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.

II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.

III. Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ



2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Januar 2018 (Vf. 21-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der § 1 Nr. 1 und § 2 der Verordnung der Stadt Passau über die Sperrung der Marienbrücke an Silvester vom 27. November 2017 (Amtsblatt der Stadt Passau Nr. 33 S. 250)
PII/G1310.17-0017
Drs. 17/20546 (E)

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 3. Januar 2018 (Vf. 1-VII-18) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 14 Abs. 9a des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags vom 15. Dezember 2010 (GVBl. 2011 S. 258, 404; 2012 S. 18, BayRS 2251-17-S), der zuletzt durch Art. 4 des Neunzehnten Staatsvertrags zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge vom 3. Dezember 2015 (GVBl. 2016 S. 52) geändert worden ist
PII/G1310.18-0001
Drs. 17/20542 (E)

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.

II. Der Antrag ist unbegründet.

III. Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Zweiter Senat – vom 30. November 2017 (2 BvR 1866/17) betreffend Verfassungsbeschwerde
1. unmittelbar gegen
 - a) den Beschluss des Oberlandesgerichts Nürnberg vom 26. Juli 2017 – 1 Ws 280/17 –,
 - b) den Beschluss des Landgerichts Nürnberg-Fürth vom 7. Juni 2017 – 5 Ks 102 Js 1478/15 –,
 - c) den Beschluss des Landgerichts Nürnberg-Fürth vom 16. März 2017 – 5 Ks 102 Js 1478/15 –
 2. mittelbar gegen Art. 6 Abs. 3, 4, 5 und 6 des Gesetzes über den Vollzug der Maßregeln der Besserung und Sicherung sowie der einstweiligen Unterbringung – BayMRVG –
PII/G1320.17-0002
Drs. 17/20545 (G)

I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.

II. Die Verfassungsbeschwerde ist unbegründet.

III. Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 20. Dezember 2017 (1 BvR 1187/17) betreffend Verfassungsbeschwerde gegen die §§ 3, 4, 6, 11 und 12 des Gesetzes über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an Windparks in Mecklenburg-Vorpommern (Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz – BüGembeteilG M-V) vom 18. Mai 2016 (GVOB. 2 M-V S. 258)
PII/G1320.17-0003
Drs. 17/20547 (E)

Der Landtag gibt im Verfahren keine Stellungnahme ab.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Faire Unterkunftsgebühren für Asylbewerberinnen und Asylbewerber
Drs. 17/17272, 17/20336 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Investitionen in die fröhliche Bildung II –
Förderprogramm für Kitas mit längeren Öffnungszeiten fortsetzen
Drs. 17/17308, 17/20337 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kita-Leitungen entlasten – Mehr Zeit für eine professionelle Führung und Leitung
Drs. 17/17309, 17/20338 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Investitionen in die frühkindliche Bildung I – Zweckentfremdung der Bundesmittel nach dem Wegfall des Betreuungsgelds beenden!
Drs. 17/17310, 17/20339 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Judith Gerlach, Joachim Unterländer, Prof. Dr. Gerhard Waschler u. a. CSU
Kriseninterventionsmaßnahmen in Kindertageseinrichtungen
Drs. 17/17661, 17/20340 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Teilzeitausbildung endlich voranbringen I
Ausbau der Teilzeitberufsausbildung im öffentlichen Dienst in Bayern
Drs. 17/17768, 17/20418 (A)

Antrag der SPD-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Dr. Franz Rieger, Karl Freller u. a. CSU
Kein gemeinsamer Euro-Haushalt mit einem europäischen Finanzminister!
Drs. 17/17863, 17/20461 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

13. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. SPD
Sonderprogramm Premiumoffensive Tourismus für kleine Betriebe ab 5 Betten öffnen
Drs. 17/18357, 17/20455 (A)

über den Antrag wird gesondert abgestimmt

14. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u. a. SPD
Zuschlag bei Lebensarbeitszeitverlängerung bei der Bayerischen Polizei
Drs. 17/18365, 17/20419 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
„Platooning für Forschungsoffensive“
Drs. 17/18444, 17/20456 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u. a. und Fraktion (SPD)
Für eine bestmögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bayern:
Empfehlungen der Sachverständigen ernst nehmen!
Drs. 17/18467, 17/20341 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. und Fraktion (SPD)
Weiterbildungsprogramm Digitalisierung
Drs. 17/18474, 17/20457 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zukunft unserer Kinder sichern – Familienpolitische Weichen richtig stellen!
Drs. 17/18486, 17/20342 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern
Drs. 17/18487, 17/20343 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verlässliche Informationssysteme über Autobahn-Bauvorhaben etablieren
Drs. 17/18494, 17/20458 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Virtuelles Experimentieren im MINT-Unterricht stärken
Drs. 17/18496, 17/20374 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

22. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. SPD
Beste Qualität für die Jüngsten III – Geregelte Leitungsfreistellung in Kindertageseinrichtungen gesetzlich verankern
Drs. 17/18552, 17/20344 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Ingrid Heckner, Gudrun Brendel-Fischer u. a. CSU
Für eine familiengerechte Arbeitswelt in Bayern
Drs. 17/18580, 17/20345 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

24. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Berufsorientierte Bildung stärken: Anerkennungsmöglichkeiten für freiwillige Schülerpraktika schaffen und Bildungsregionen beim Aufbau von Praktikumsdatenbanken unterstützen
Drs. 17/18591, 17/20375 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. SPD
Kohäsions- und Förderungspolitik der EU ab 2020
hier: Bayern – Sachsen / Thüringen – Böhmen
Drs. 17/18683, 17/20459 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Staatliche Bildungsverantwortung ernst nehmen –
Kommunen endlich bei der Finanzierung städtischer Schulen entlasten!
Drs. 17/18713, 17/20376 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wohnraumkapazitäten und Beratungsangebote für Studierende ausbauen –
einen gemeinsamen Hochschulsozialpakt voranbringen
Drs. 17/18735, 17/20485 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer u. a. CSU
Ausreichende Finanzierung für palliativmedizinische Konsildienste gewährleisten
Drs. 17/18816, 17/20371 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Steuervermeidung durch Share Deals bei der Grunderwerbsteuer unterbinden
Drs. 17/18867, 17/20499 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u. a. und Fraktion (SPD)
Integration braucht Verlässlichkeit:
Geplante Beratungs- und Integrationsrichtlinie (BIR) dringend nachbessern!
Drs. 17/18868, 17/20346 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)
Die Agrarindustrie bei der Verteilung von EU-Zahlungen nicht länger bevorzugen!
Drs. 17/18871, 17/20409 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zeitnahe Monitoring der Energiesituation in Bayern
Drs. 17/18890, 17/20460 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für ein lernfreundliches Klima an Bayerns Grundschulen – Zusatzpersonal für Klassen mit Kindern mit Lern- und Verhaltensauffälligkeiten
Drs. 17/18892, 17/20377 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verpflichtendes Endoprothesenregister – Patienten schützen
Drs. 17/18893, 17/20373 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u. a. SPD
Auswertung von Datenträgern durch Private im Rahmen von Ermittlungsverfahren
Drs. 17/19008, 17/20383 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gleiche Regeln für alle – auch beim Blutspenden
Drs. 17/19080, 17/20453 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Belastung von Blutproben mit perfluorierten Kohlenwasserstoffen im Landkreis Altötting
Drs. 17/19083, 17/20379 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Berufsorientierung stärken: Betriebspraktikum an allen weiterführenden Schularten fest etablieren!
Drs. 17/19099, 17/20378 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

39. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Perfluorierte Tenside in Blutplasmaproben
Drs. 17/19202, 17/20380 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Günther Knoblauch, Klaus Adelt u. a. SPD
Giftige Chemie in Trinkwasser und Blut:
Wie werden die Menschen im Landkreis Altötting geschützt und informiert?
Drs. 17/19216, 17/20381 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Ruth Müller, Kathi Petersen u. a. SPD
Im Alter länger zuhause leben –
kein Verschiebebahnhof in der geriatrischen Reha!
Drs. 17/19230, 17/20452 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

42. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer u. a. und Fraktion (CSU)
Nebenerwerbsbetriebe in Bayern weiterhin fördern
Drs. 17/19243, 17/20408 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

43. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold,
Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)
Den Zu- und Nebenerwerb bei der Gemeinsamen Agrarpolitik
nicht im Stich lassen
Drs. 17/19262, 17/20411 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

44. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zu- und Nebenerwerb erhalten
Drs. 17/19263, 17/20410 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg u. a. CSU
Weitere Verbesserung der geriatrischen Versorgung in Bayern
Drs. 17/19278, 17/20454 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

46. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Annette Karl, Inge Aures u. a. SPD
Brexit-Beauftragten für Bayern ernennen!
Drs. 17/19297, 17/20462 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Finanzierung der Blutuntersuchungen im Landkreis Altötting sicherstellen!
Drs. 17/19754, 17/20305

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

48. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathi Petersen, Ruth Waldmann u. a. und Fraktion (SPD)
Bericht über die finanzielle Situation der Kinderhospizteams in Bayern
Drs. 17/18901, 17/20372 (Z)

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>